

10. Tagung des Landtages: Landtag befasst sich mit Strukturreform der Bundeswehr

Kiel (SHL) – Auf zwei Tage ist die 10. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages angelegt, die am Mittwoch, 21. Februar, um 10:00 Uhr beginnt.

Zum Auftakt diskutiert der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen einer **Aktuellen Stunde** über den „Bericht des Statistischen Landesamtes vom 15. Februar 2001 zum wirtschaftlichen Wachstum in Schleswig-Holstein“. Hintergrund ist der Rückgang des Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr.

Danach geht es um die **Bundeswehrstrukturreform** (Drs. 15/714). In dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag in der laufenden Tagung mündlich über die dazu gegenüber dem Bundesverteidigungsminister abgegebene Stellungnahme zu berichten. In diesem Zusammenhang geht es auch um einen Berichtsantrag der Abgeordneten des SSW im Landtag. Demnach soll die Landesregierung dem Parlament im April über den **Abbau öffentlicher Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein seit 1990** Bericht erstatten (Drs. 15/722).

Um die Einsetzung eines **Sonderausschusses „Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts“** (Drs.15/728) geht es in dem anschließend zu beratenden Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser Ausschuss soll den Auftrag erhalten, „dem Landtag Vorschläge zur Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts vorzulegen“: Die Bandbreiten der Themen reicht von der Frage

der Direktwahl der Landräte und Bürgermeister über die Stärkung des Ehrenamtes bis zur Frage der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Die **Soziale Absicherung von Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen** ist Thema des Antrages der Fraktion der F.D.P. (Drs. 15/729), den der Landtag danach diskutiert. Darin wird an die Bundesregierung appelliert, die gesetzlichen Regelungen für die medizinische und soziale Absicherung der Soldaten bei internationalen Einsätzen zu verbessern.

Letzter Punkt vor der Mittagspause werden die **Maßnahmen der Landesregierung zur bevorstehenden Einführung des EURO am 1.1.2002** (Drs.15/730) sein. Zu diesem Thema soll die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion noch in der laufenden Sitzung berichten. Am Nachmittag stehen mehrere Anträge mit bildungspolitischen Themen auf der Tagesordnung des Parlamentes.

Zunächst geht es um die Legalisierung von Schulsponsoring: Die CDU-Fraktion hat dazu einen Entwurf zur **Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes** vorgelegt (Drs. 15/738), der in Erster Lesung beraten wird.

Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für **drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** an den Hochschulen und in Forschungseinrichtungen zu verbessern, ist Ziel des SPD-Antrages dazu (Drs. 15/716). Demnach soll die Landesregierung sich beim Bund dafür stark machen, dass über die bisherige Höchstgrenze von fünf Jahren hinaus befristete Arbeitsverträge bei derselben Hochschule oder Forschungseinrichtung ermöglicht werden.

Die berufliche Bildung ist Gegenstand dreier CDU-Anträge, die danach im Zentrum der Beratung stehen. Dabei geht es um die - dem Antrag zufolge - zu geringen **Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an Beruflichen Schulen** (Drs. 15/733), die Qualifikation der **Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht** (Drs. 15/734) und die **Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen** (Drs. 15/737).

Letzteres soll Auszubildenden mit Schwierigkeiten im theoretischen Bereich die Möglichkeit geben, einen Abschluss unterhalb des Gesellenbriefes zu erlangen. Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, dies auf Bundesebene anzustoßen.

Um ein **Haus der Geschichte** für Schleswig-Holstein geht es in dem nächsten Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/735), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept dazu vorzulegen. Hintergrund des

Antrages sind Äußerungen von Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave zur Notwendigkeit eines Museums zur Präsentation von zeit- und landesgeschichtlichen Zusammenhängen.

Die **Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs** fordert der SSW im Landtag (Drs. 15/723) in dem zum Schluss der Tagung am Mittwoch zu beratenden Antrag. In diesem Archiv, für das es Vorbilder in anderen Bundesländern gibt, soll sämtliches Material zur Geschichte der Wirtschaft in Schleswig-Holstein gesammelt werden.

Am **Donnerstag, 22. Februar**, geht es zu Beginn um die **gesundheitpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zur BSE-Problematik** (Drs. 15/717). Die Fraktionen von CDU und F.D.P. bitten in ihrem Antrag dazu um einen Bericht der Landesregierung in der kommenden März-Tagung des Landtages. Darin soll unter anderem zu den Erkenntnissen über Ursachen und Ansteckungswege der neuen Variante der Creuzfeld-Jacob-Krankheit sowie gesundheitspolitische Konsequenzen daraus Auskunft gegeben werden.

Einen Bericht der Landesregierung zur **Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee** fordert die F.D.P.-Fraktion (Drs. 15/718). Gegenstand soll der Stand der Sicherheitsmaßnahmen gegen Schiffsunfälle sowie der Maßnahmen gegen die Folgen solcher Unfälle sein.

Eine öffentliche Anhörung zu **Neuen Wegen in der Drogenpolitik** soll der Landtag laut Antrag des SSW durchführen (Drs. 15/727). Ziel ist eine gemeinsame Bestandsaufnahme, die zu einer pragmatischen Drogenpolitik führen soll. Zudem fordert der SSW von der Landesregierung einen einheitlichen Umgang mit Betäubungsmittelkonsum in den Justizvollzugsanstalten des Landes.

Einen Bericht über **Qualität und Kontrolle in den Pflegeeinrichtungen** des Landes verlangt die CDU für die laufende Tagung des Landesparlamentes (Drs. 15/732). Darin soll unter anderem über das Ergebnis der Prüfung der Pflegeeinrichtungen und die Umsetzung dieser Ergebnisse berichtet werden.

Mit der auf Bundesebene vorgesehenen **Reform des Betriebsverfassungsgesetzes** befasst sich ein Antrag der F.D.P.-Fraktion (Drs. 15/725), über den anschließend diskutiert wird. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine grundle-

gende Überarbeitung des Entwurfes einzusetzen, um „die drohende Mehrbelastung der kleinen und mittleren Betriebe zu verhindern.“

Am Nachmittag debattiert das Parlament über den Bericht der Landesregierung über die **Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Absicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/724), der auf Antrag der F.D.P.-Fraktion vorgelegt wurde. Darin wird, belegt durch eine Vielzahl von Tabellen und Statistiken, Auskunft über den Beitrag ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Wirtschaftsleben des Landes gegeben. In Schleswig-Holstein gehen derzeit knapp 35.000 Männer und Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.

Ein **Soforthilfeprogramm für die Land- und Ernährungswirtschaft** fordert die CDU in ihrem Antrag (Drs. 15/731) dazu von der Landesregierung. Mit 30 Millionen DM soll die Landesregierung helfen, „der Existenznot zu begegnen“.

Der anschließend zu befassende CDU-Antrag fordert von der Bundesregierung die umgehende Umsetzung des **Bundesforschungsprogramms zur „Grünen Gentechnik“** (Drs. 15/736).

Letztes Thema der 10. Tagung ist dann die **Zukunft der maritimen Wirtschaft** in Schleswig-Holstein. Dazu hat die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, in dem die Landesregierung gebeten wird, einen Bericht dazu vorzulegen (Drs. 15/724). Hintergrund ist das Auslaufen der Werftenhilfe und die internationale Konkurrenzsituation insbesondere zu Südkorea.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP	Berichterstattung
-----	-------------------

2	Staatsvertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik (Drs. 15/705)	-
8	Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen (Drs. 15/720)	-
24	Tätigkeit des Eingabenausschusses (15/685)	5
25	Gender Mainstreaming (Drs. 15703)	5

Hinweis: Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden und sind im Internet unter www.parlanet.de (Infothek, Drucksachen) zu finden.

Reihenfolge der Beratung der 10. Tagung

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 21. Februar 2001			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
4 u. 9	Bundeswehrstrukturreform und Bericht über den Abbau öffentlicher Arbeitsplätze	60	11:30
13	Sonderausschuss „Kommunales Verfassungsrecht“	30	12:30
14	Absicherung von Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen	30	
15	Maßnahmen zur Einführung des EURO	30	
3	Änderung des Schulgesetzes	30	15:00
5	Wissenschaftliche Mitarbeiter	30	15:30
18, 19 u. 22	Referendarbezüge, Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht und Ausbildungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung	60	16:00
20	Haus der Geschichte	30	17:00
10	Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchiv	30	17:30
Donnerstag, 22. Februar 2001			

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
6	Gesundheitspolitische Aktivitäten zur BSE-Krise	30	10:00
7	Sicherheit des Schiffsverkehrs	30	10:30
12	Neue Wege in der Drogenpolitik	35	11:00
17	Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen	30	11:35
11	Reform des Betriebsverfassungsgesetzes	60	12:05
26	Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger	35	15:00
16	Soforthilfeprogramm für die Land- und Ernährungswirtschaft	60	15:35
21	Forschungsprogramm zur „Grünen Gentechnik“	30	16:35
23	Zukunft der maritimen Wirtschaft	30	17:05

Ablauf und Beratungszeiten der 10. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
	Erste Lesung								
2	Staatsvertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik (Reg.)	- ohne Aussprache -							
3	Änderung des Schulgesetzes (CDU) - Mittwoch 15:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
	Anträge								
4	Bundeswehrstrukturreform (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 9 Mittwoch 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
5	Drittmittelfinanzierte wissenschaftliche Mitarbeiter (SPD) - nach TOP 3 -	-	5	5	5	5	5	5	30

